

Kiffen: weder dramatisieren noch bagatellisieren

Cannabisprävention. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) setzt auf sachliche Information, die den Cannabiskonsum weder bagatellisiert noch dramatisiert. Es wird aber klar betont, dass regelmässiger Cannabiskonsum die Gesundheit gefährdet. Ziel des Aktionsplans Cannabisprävention 2004–2007 des BAG ist es einerseits, gefährdeten Jugendlichen Unterstützung zu bieten, und andererseits, Schulen, Lehrbetriebe und Gemeinden beim Umgang mit Problemen rund um Cannabis zu entlasten. Die Vernetzung der verschiedenen Akteure und Bezugspersonen nimmt dabei eine wichtige Rolle ein.



Cannabis sativa, eine hübsche Pflanze, bringt viele Köpfe zum Rauchen.

Aktionsplan Cannabisprävention

Zusammen mit der Verabschiebung der Botschaft zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes hat der Bundesrat eine Verstärkung der Prävention im Cannabisbereich beschlossen. Der Aktionsplan Cannabisprävention 2004–2007 des BAG soll einen sichtbaren Beitrag zur Verminderung der gesundheitlichen und sozialen Probleme rund um Cannabis leisten. Das Budget beträgt eine Million Franken pro Jahr.

Drei Probleme

- Der Cannabiskonsum hat in den letzten Jahren insbesondere bei Jugendlichen stark zugenommen.
- Bei einer Minderheit der Cannabiskonsumierenden entstehen problematische Konsummuster, die sich negativ auf die psychische, physische und/oder soziale Entwicklung auswirken können.
- Lehrpersonen und Lehrbetriebe fühlen sich zunehmend überfordert und brauchen Unterstützung.

Drei Ziele

- Der Cannabiskonsum in der Schweiz nimmt ab, insbesondere bei Jugendlichen.
- Jugendliche, die durch regelmässigen und unkontrollierten Cannabiskonsum auffallen, werden frühzeitig erfasst und den zuständigen Beratungs- und Behandlungsstellen zugewiesen.
- Schulen und Lehrbetriebe erhalten konkrete Entlastungsangebote.

Drei Massnahmen

- Primärprävention und Information.
- Früherkennung und Frühintervention in Schulen und Ausbildungsstätten sowie in Gemeinden.
- Beratung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Beratung von Eltern und weiteren Bezugspersonen.

Ein zentrales Anliegen der geplanten Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) war die Verstärkung von Jugendschutz und Prävention. Unabhängig von der im Juni 2004 gescheiterten Revision verfolgt das BAG diese beiden wichtigen Ziele weiterhin. Im Aktionsplan Cannabisprävention setzt das BAG einen Schwerpunkt bei der Früherfassung von gefährdeten Jugendlichen.

Verbote und Strafen allein genügen nicht. Um eine wirksame Prävention zu betreiben und bei einem problematischen Cannabiskonsum rechtzeitig zu intervenieren, sind alle – Eltern, Schule, Betriebe, Sportvereine usw. – aufgefordert, sich zu positionieren und ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen.

Projekte zur Primärprävention

Das BAG führt seit mehreren Jahren nationale Präventionsprogramme in diversen Settings durch. *bildung + gesundheit Netzwerk Schweiz* möchte im Bereich der Schule zur Qualitätsentwicklung beitragen und die gesunde Schule fördern. Im Bereich der offenen Jugendarbeit unterstützt das BAG seit 2003 den Dachverband offene Jugendarbeit (DOJ). Die vom BAG bisher unterstützten Projekte in den Settings Jugendheime (Fil rouge) und Verbandsjugendarbeit (voilà) werden unabhängig vom BAG weitergeführt.

Alle diese Programme wählen einen breiten präventiven Ansatz und verfolgen das Ziel, die Gesundheit der Jugendlichen zu fördern und diese in ihrer Entwicklung zu unterstützen. So wird gesundheitsgefährdenden Verhaltensweisen vorbeugt. Die Aufklärung über die Risiken des Cannabiskonsums und die Weiterbildung von Verantwortlichen

Streitgespräch Hanfinitiative



Das Thema Cannabis polarisiert. Einig sind sich nur über einen Punkt: Die heutige Situation ist geprägt von Verunsicherung und langfristig untragbar.

In unserem Streitgespräch diskutieren zwei Parlamentsmitglieder über Auswege aus der verfahrenen Situation: Nationalrätin Anne-Catherine Menétrey-Savary (Grüne, Waadt) und Nationalrat Jean Henri Dunant (SVP, Basel-Stadt) über die Hanfinitiative, Erwachsene als Vorbilder, Repression und die Risiken der Konsumgesellschaft.

» Seiten 4/5

Gender und Sucht

«Männer sind stark – stark suchtgefährdet». Zu dieser Erkenntnis kommt die Studie «Sucht und Männlichkeit» von Michel Graf, dem Direktor der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme.

Endlich liegen mit seinem Bericht die wissenschaftlichen Grundlagen und Empfehlungen für eine männergerechte Suchtarbeit vor. Sie wurden präsentiert an der Tagung FRAU SUCHT MANN – MANN SUCHT FRAU vom 2. Februar 2006, der ersten nationalen Fachtagung zum Thema Gender und Sucht.

» Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

sind wichtige Bausteine in allen Projekten.

Lehrpersonen

Mit dem Ziel, Schulen und Lehrkräfte im Umgang mit Problemen rund um Cannabis zu unterstützen, hat das BAG in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme den Leitfaden «Schule und Cannabis» entwickelt, welcher im Februar 2004 an sämtliche Schulen der Sekundarstufe I und II verschickt wurde. Darin finden sich konkrete Hinweise und Anleitungen zum Erstellen von Regelsystemen und Massnahmen der Früherkennung und Frühintervention innerhalb von Schulen. Ebenfalls bietet der Leitfaden einer Lehrkraft Hilfestellungen bei der Bewältigung von alltäglichen Problemsituationen mit einzelnen Schülerinnen und Schülern.

Interaktive Internetplattform für Jugendliche

Um sich zu informieren, wenden sich Jugendliche häufig an Gleichaltrige oder konsultieren jugendspezifische Medien. Dabei nimmt das Internet eine zentrale Rolle ein. Das BAG unterstützt die interaktiven Internetplattformen für deutschsprachige Jugendliche (www.tschau.ch) und für französischsprachige Jugendliche (www.ciao.ch), welche jugendgerechte Information und Beratung zu allen möglichen persönlichen Fragen rund um Cannabis anbieten. Jugendliche können ihre Fragen anonym stellen und erhalten innert kurzer Zeit kompetente Antworten

durch Fachleute. Das Angebot der Internetplattformen schliesst andere für Jugendliche aktuelle Themen wie Sexualität, Stress, Tabak und Alkohol mit ein.

Information über BAG-Projekte

Das BAG gibt drei- bis viermal jährlich einen elektronischen Newsletter heraus, der über den aktuellen Stand der Projekte in der Cannabisprävention informiert. Er ist auf der Homepage www.cannabis.bag.admin.ch aufgeschaltet und kann dort auch abonniert werden. Das BAG informiert auf dieser Internetplattform über seine Projekte im Bereich der Cannabisprävention.

Schul- und Ausbildungsbereich

Ein wichtiges Anliegen der Cannabisprävention ist die professionelle und frühzeitige Problembearbeitung in der Schule, damit Jugendliche in ihrer Entwicklung unterstützt und Lehrkräfte entlastet werden. Eine Schlüsselkraft übernimmt dabei die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Eltern, Fachstellen und anderen Bezugspersonen im Bereich der Früherkennung und Frühintervention.

Im Zentrum des nationalen Projekts «Früherkennung und Frühintervention im Schul- und Ausbildungsbereich» steht die Tandembildung von Schulen und Fachpersonen, welche gemeinsam ein für die jeweilige Schule massgeschneidertes Konzept für Früherkennung und Frühintervention entwickeln und umsetzen. Projektpartner des BAG sind das Schweizerische Netzwerk Gesund-

Markus Allemann: Vom BAG zu Greenpeace



Ein Jahrzehnt spectra.

Markus Allemann, der als Leiter der Sektion Kampagnen im Bundesamt für Gesundheit auch die Redaktionskommission von «spectra» führte, verliess Anfang Juli das Bundesamt für Gesundheit und wird Mitglied der Geschäftsleitung bei Greenpeace Schweiz.

Markus Allemann, von Haus aus Journalist, hat 1992 als Mitarbeiter der «Fachinformation Medizin» im Bundesamt für Gesundheit (BAG) angefangen. Später wurde er als Nachfolger von François Wasserfallen (heute Leiter des kantonal-bernerischen Amtes für Kultur) Verantwortlicher für die Präventions-Kampagnen des Amtes. Er hat seit Mitte der 1990er Jahre die Ausrichtung dieser öffentlichkeitswirksamen Produkte des BAG massgeblich mitgeprägt. Neben der STOP AIDS-Kampagne zeichnete Markus Allemann mit seinem Team unter anderem verantwortlich für die Drogen-Kampagne «Drogen, nüchtern betrachtet», die Alkohol-Kampagne «Alles im Griff?» und die Tabak-

Kampagne «Rauchen schadet...». Allemann war für seine oft unkonventionelle Kreativität und seine Hartnäckigkeit beim Verwirklichen von attraktiven Kampagnen bekannt, wie BAG-Direktor Thomas Zeltner bei seiner Abschiedsrede ausführte. Zeltner sagte, er habe zwar Verständnis für den Schritt Allemanns, vermisste aber bereits dessen gelegentlich auch subversiven Einflüsse – stets im Sinne der guten Sache.

Markus Allemann wird bei Greenpeace Schweiz Leiter Kampagnen und nimmt Einstieg in die Geschäftsführung. Seine neue Stelle bringt ihm mit einem Team von zwei Dutzend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Führungsverantwortung und die Möglichkeit, im globalen Kontext mitzuwirken, indem auch die Kampagnen von Greenpeace International zu seinem Aufgabenbereich gehören. Der 43-jährige Familienvater gab bei seinem Abschied dem Wunsch Ausdruck, dass der Umweltschutz in den nächsten Jahren auch in der Schweiz wieder mehr politisches Gewicht erhalte – und damit auch die Anliegen der Gesundheitsbehörde unterstützt würden, für die er sich während der letzten 14 Jahre eingesetzt habe.

Nachfolger von Markus Allemann als Leiter der Redaktionskommission wird Adrian Kammer, der auch die Sektion Kampagnen ad interim führt.

Realize it! Den Ausstieg schaffen

Die traditionellen Einrichtungen der Drogenberatung werden vermehrt von Cannabiskonsumenten in Anspruch genommen. Es gibt jedoch noch kein wissenschaftlich fundiertes, gut evaluiertes Behandlungskonzept für diese Zielgruppe.

Mit dem binationalen Projekt Realize it soll diese Lücke im Angebot geschlossen werden. Das Programm von Realize it hat zum Ziel, bei den Teilnehmenden eine signi-



fikante Konsumveränderung zu bewirken. Realize it wird in 14 Drogenberatungsstellen in der Deutschschweiz und in Süddeutschland angeboten. Das für Realize it entwickelte Programm zur Kurzintervention bei Cannabismissbrauch und Cannabisabhängigkeit soll im Verlauf des Projektes erprobt und evaluiert und danach systematisch in das Angebotsspektrum von Drogenberatungsstellen in Deutschland und der Schweiz integriert werden.

Das Projekt Realize it wird vom Bundesamt für Gesundheit, vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Berlin), von den Kantonen Basel-Stadt, Basel-

heitsfördernder Schulen (SNGS) (Kompetenzzentrum von *bildung + gesundheit Netzwerk Schweiz*), die Hochschule für Soziale Arbeit Luzern (HSA) und die Haute Ecole fribourgeoise de travail social (HEF-TS).

Mit dem nationalen Projekt zur Früherkennung und Frühintervention will das BAG einen Beitrag für ein effizientes Problemmanagement bei auffälligen und in ihrer Entwicklung gefährdeten Jugendlichen leisten. Fachpersonen arbeiten während zwei Jahren mit einer Schule zusammen und begleiten diese im Aufbau eines Früherkennungs- und Interventionssystems. Das Projekt ist am 30. August 2005 mit 14 Tandems «Schule und Fachperson» gestartet. Am 14. Januar 2006 fand eine erste gemeinsame Tagung, organisiert durch das SNGS und die HSA Luzern mit gut 200 Teilnehmenden statt. In der Romandie fanden verschiedene Treffen zur Projektentwicklung statt. Eine erste Informationsveranstaltung für interessierte Fachstellen konnte am 9. Juni 2006 in Lausanne durchgeführt werden.

Frühintervention in der Gemeinde

Das BAG erarbeitet ein Angebot zur Verstärkung von Jugendschutz, Früherkennung und Betreuung gefährdeter Jugendlicher in Gemeinden. Ziel ist es, die am Projekt beteiligten Gemeinden bei der Bedarfs- und Angebotsanalyse und der Einführung eines Frühfassungskonzeptes zu unterstützen. Das BAG hat der Prognos AG den Auftrag erteilt, für Gemeinden einen praxisnahen Leitfaden in diesem Bereich zu entwickeln.

Diese Arbeitshilfe richtet sich an Kantone und mittlere bis grössere Gemeinden und kann ab sofort als CD-ROM bestellt werden. Weiter sollen am Projekt teilnehmende Ge-

meinden fachlich und finanziell dabei unterstützt werden, ein auf ihre Realität angepasstes Frühfassungskonzept einzuführen.

Das Projekt kommt bei den Betroffenen offenbar gut an: Aus dem jüngsten Zwischenbericht geht hervor, dass die meisten der insgesamt 200 Teilnehmer ihren Konsum deutlich reduzierten konnten. «Auch psychische Begleitsymptome wie Depressionen und Ängstlichkeit haben eindeutig abgenommen», erklärt Walter Minder, Projektleiter beim BAG erfreut, welcher die Startphase von «Realize it» als «erfolgreich und ermutigend» bezeichnet.

www.realize-it.org

meinden fachlich und finanziell dabei unterstützt werden, ein auf ihre Realität angepasstes Frühfassungskonzept einzuführen.

Hinschauen und Handeln

Unter dem Label Hinschauen und Handeln wurde in der Promotionsphase 2003/2005 der Ansatz von Frühintervention in der Gemeinde schweizweit erfolgreich bekannt gemacht. «Hinschauen & Handeln – die Strategie zur Frühintervention in Gemeinden» wird nun durch RADIX im Auftrag des BAG weiterentwickelt. In Zusammenarbeit mit fünf Pilotgemeinden aus der ganzen Schweiz und begleitet von einer breit abgestützten Expertengruppe werden dabei bis November 2007 Qualitätsstandards zur Frühintervention in Gemeinden entwickelt. Diese praxisnahen Standards dienen dem Bund als Grundlage für ein späteres nationales Programm. Ab 2008 soll den Gemeinden in der ganzen Schweiz ein Programm angeboten werden, dass sie bei der Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Strategie zur Frühintervention unterstützen.

Intervention

Bis heute gibt es kaum Beratungs- und Therapieangebote, die spezifisch auf die Abhängigkeit von Cannabis ausgerichtet sind. Mit dem länderübergreifenden Pilotprojekt «Realize it!» wird eine neu entwickelte Kurzintervention für Cannabiskonsumenten im Alter zwischen 15 bis 30 Jahren getestet. Am Projekt beteiligen sich 14 Beratungsstellen in der Deutschschweiz und Süddeutschland. (s. Kasten oben)

Mit dem Programm *supra-f* ist das BAG neue Wege gegangen. *supra-f* ist ein Interventions-Forschungsprogramm des BAG zur Suchtprävention und Gesundheitsförderung bei

gefährdeten Jugendlichen in Gemeinden. Es besteht zur Zeit aus 12 ambulanten *supra-f*-Zentren in der deutschen und französischen Schweiz. Mit schulischen, sozialpädagogischen und psychologischen Interventionen sollen Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen dahingehend unterstützt werden, dass sich ihre Situation in Schule oder Berufslehre stabilisiert. Gleichzeitig werden auch eine Verbesserung des psychischen Befindens und eine Abnahme des Substanzkonsums angestrebt.

Gruppenintervention ViVA

ViVA ist ein Programm für Jugendliche und junge Erwachsene zur Verbesserung der psychischen Befindlichkeit und der Bewältigung des Alltags. Es umfasst neun wöchentliche Gruppensitzungen und eine weitere Sitzung nach drei Monaten. *ViVA* wurde vom Zentrum für Rehabilitations- und Gesundheitspsychologie der Universität Freiburg im Auftrag des BAG entwickelt und wird seit Herbst 2005 in der deutschen und französischen Schweiz wissenschaftlich erprobt. Der modulare Aufbau des Programms erlaubt das Eingehen auf die besonderen Profile der Jugendlichen. Das Programm wird durch geschulte Psychologen angeboten und lässt sich gut in bestehende Zentren wie *supra-f* oder *semos* (Motivationssemester) einbauen. Ziel von *ViVA* ist, die Bewältigung von Stresssituationen sowie die allgemeine Befindlichkeit zu verbessern und den Substanzkonsum in den

Griff zu bekommen bzw. zu reduzieren.

Kantonales Netzwerk im Thurgau

Im Kanton Thurgau wird ein kantonales Netzwerk zur Früherkennung und Frühintervention aufgebaut, das die Zusammenarbeit von Oberstufenschulen mit regionalen Beratungsstellen und weiteren Akteuren sicherstellt. Die Projektleitung übernimmt die kantonale Fachstelle «perspektive». Das Projekt wird wissenschaftlich evaluiert und vom Kanton Thurgau und vom BAG finanziell unterstützt.

Eine Erweiterung des bestehenden Modells im Sinne einer breiteren Erkennung und einer frühen Intervention bei gefährdeten Jugendlichen wird mit an der Thematik interessierten Partnern wie Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Jugendarbeit u.a. in Angriff genommen. Die Erweiterung erfasst Verhaltensauffälligkeiten und regelwidriges Verhalten im normativen Bereich, die in Zusammenhang mit einer möglichen Gefährdung stehen.

Modelle der Früherkennung und Frühintervention

Früherkennung und Frühintervention sind noch wenig in der Praxis verankert. Vielerorts sind die Schnittstellen zwischen Prävention, Beratung und weiteren Akteuren unklar definiert. Um den entsprechenden Handlungsbedarf zu eruieren

ren, soll ein Vorprojekt durchgeführt werden. Das Vorprojekt prüft, welche Massnahmen eine Effizienzsteigerung und Optimierung der Früherkennung und Frühintervention im praktischen Feld ermöglichen und welche Umsetzungsschritte dazu notwendig sind. Ein erster Schritt besteht in einer Bestandesaufnahme von bestehenden und geplanten Projekten im Bereich der Früherkennung und Frühintervention. Der Fachverband Sucht erstellt im Auftrag des BAG eine systematische Sammlung erfolgreicher Projekte. Die Bestandesaufnahme liegt bis Oktober 2007 vor.

Cannabis-Forschung

Das BAG gibt regelmässig Forschungsprojekte in Auftrag. Die wissenschaftlichen Resultate bilden die Grundlage für die Ausarbeitung von Präventionsmaßnahmen. Ein Grossprojekt im Cannabisbereich ist das Cannabis-Monitoring («Begleitforschung Betäubungsmittelgesetz») (s. auch Seite 6). Die Studie wurde Ende 2003 vom BAG in Auftrag gegeben und verfolgt bis Ende 2008 die Entwicklung der Cannabisproblematik in der Schweiz.

Kontakt: Walter Minder, Sektion Jugend, Ernährung, Bewegung, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 323 28 16, walter.minder@bag.admin.ch

www.cannabis.bag.admin.ch

Aus erster Hand



Das Einreichen der Hanfinitiative zur Strafbefreiung des Cannabiskonsums und für mehr Jugendschutz hat in den Medien wenige Reaktionen ausgelöst. Das ist vielleicht auch gut so, weil damit die Chance besteht, die Diskussion über die gesundheitlichen Risiken sachlich und weniger emotional zu führen. Der heutige Forschungsstand erlaubt eine bessere Abschätzung der Gefahren und Risiken als noch vor ein paar Jahren.

Unter den Jugendlichen ist der Konsum von Cannabis weit verbreitet. Die meisten konsumieren nur gelegentlich und hören nach einer gewissen Zeit wieder ganz auf. Eine kleinere Gruppe konsumiert jedoch regelmässig, teilweise sogar täglich. Viele dieser regelmässigen Konsumen leiden unter psychischen, sozialen und auch somatischen Problemen. Verschiedene Studien und unsere eigene supra-f-Forschung (Suchtpräventions-Forschungsprogramm) bei rund 1500 gefährdeten Jugendlichen zeigen auf, dass Gefährdungsmuster zuverlässig beschrieben werden können.

Während mit Cannabis experimentierende Jugendliche, die zeitlich befristet und geringe Mengen konsumieren, auf lange Sicht in der Regel eine normale und gut angepasste psychosoziale Entwicklung aufweisen, finden wir bei intensiveren und dauerhaften Konsummustern vermehrt kritische Lebensentwicklungen mit schweren Entwicklungsstörungen, sozialer Desintegration und späterer Abhängigkeit. Viele dieser Gefährdeten beginnen in frühem Jugendalter mit Tabak- und Alkoholkonsum und etwas später kommen dann Cannabis und oftmals noch weitere Drogen dazu. Eine Verbesserung des Jugendschutzes beim Rauchen und Trinken ist daher auch eine wirkungsvolle Strategie in der Bekämpfung des Cannabiskonsums.

Die Prävention des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) setzt einen Schwerpunkt bei der Früherkennung und Frühintervention von gefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die bereits in sieben Kantonen etablierten Programme von supra-f helfen, Gefährdete frühzeitig zu erkennen und ihnen eine angemessene Hilfe zukommen zu lassen. Die supra-f-Jugendprogramme bieten den Jugendlichen während rund sechs Monaten eine auf ihre Situation zugeschnittene Förderung von sozialen und schulischen Kompetenzen an. Die ersten Evaluationsergebnisse sind ermutigend.

Für die öffentliche Diskussion bleibt zu hoffen, dass in Zukunft stärker zwischen gelegentlichem Konsum und intensivem, problematischem Konsum unterscheiden wird. Das BAG ist nach wie vor der Ansicht, dass die bestehende Strafandrohung bei Cannabiskonsum gerade diesen problematischen Konsum nicht verhindern kann. Die Verstärkung des Jugendschutzes, die konsequente Durchsetzung des Rauchverbots in öffentlichen Räumen und eine gute Früherkennung und Frühintervention versprechen mehr Erfolg.

Thomas Zeltner
Direktor Bundesamt für Gesundheit

Hanfinitiative und Gesetzesrevision in Etappen

Hanfinitiative und Revision des Betäubungsmittelgesetzes. Die geltende Gesetzgebung bezüglich Cannabiskonsum und ihre tatsächliche Handhabung in der Praxis sind unbefriedigend. Zwei Vorstöße wollen – auf unterschiedliche Weise – aus der festgefahrenen Situation heraushelfen: Die im Januar eingereichte «Hanfinitiative» und die neu lancierte Revision des Betäubungsmittelgesetzes.

Im Juni 2004 ist die Revision des schweizerischen Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) gescheitert: Der Nationalrat lehnte zum zweiten Mal ab, auf die Vorlage einzutreten. Mit 102 zu 92 Stimmen sprach sich die Grosse Kammer für ein Nichteintreten aus. Dies obwohl der Ständerat zweimal beschlossen hatte, auf die Vorlage einzutreten. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bedauert diesen Entscheid. Die Nachteile der jetzigen Gesetzgebung, vor allem im Cannabisbereich (überlastete Vollzugsbehörden, unterschiedliche Handhabung der Verfolgung von Cannabiskonsum in den Kantonen, im Gesetz nicht geregelter Jugendschutz, usw.) bleiben bestehen. Der allgemein unbefriedigende Stand im Cannabisbereich lässt auch die Politikteure nicht ruhig. Volk und Parlamentarier haben das Wort ergriffen.

Die Hanfinitiative

Am 13. Januar 2006 reichte das Initiativkomitee «Pro Jugendschutz gegen Drogenkriminalität» bei der Bundeskanzlei mit 105'994 gültigen Unterschriften die Volksinitiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» ein. Die Volksinitiative verlangt Straffreiheit für den Konsum von psychoaktiven Substanzen der Hanfpflanze. Für den Eigenbedarf sollen Besitz, Erwerb

und Anbau von Hanfpflanzen erlaubt sein. Der Bund soll Vorschriften erlassen über Anbau, Herstellung, Ein- und Ausfuhr sowie Handel mit Hanf und durch geeignete Massnahmen sicherstellen, dass dem Jugendschutz angemessen Rechnung getragen wird. Lanciert worden war die Initiative im Sommer 2004, nach dem Scheitern der Revision des BetmG. Die Revision hätte eine Liberalisierung des Cannabiskonsums gebracht. Dem Initiativ-Komitee «Pro Jugendschutz gegen Drogenkriminalität» gehören Vertreter aller grossen Parteien an.

Der Bundesrat hat am 3. Mai 2006 die Volksinitiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» abgelehnt und verzichtet auf einen Gegenvorschlag. Der Bundesrat muss nun spätestens bis am 13. Januar 2007 seine Botschaft mit der Abstimmungsempfehlung zuhanden des Parlamentes überweisen. Das Parlament muss bis zum 13. Juli 2008 (bei Gegenentwurf 20. Juli 2009) über seine Empfehlung zur Initiative entschieden haben. Die Volksabstimmung wird, wenn die Initiative nicht zurückgezogen wird und das Parlament keine Fristverlängerung beschliesst, spätestens anfangs 2009 oder anfangs 2010 stattfinden. Für die Annahme einer Volksinitiative braucht es ein Volks- und Ständemehr.

Revision des BetmG in Etappen

Die Gesundheitskommission des Nationalrates (SGK-N) hat im Februar 2005 einer Kommissionsinitiative zugestimmt, welche in einer ersten Etappe möglichst rasch die in der gescheiterten Vorlage zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes unbestrittenen Punkte rechtlich umsetzen und in einer zweiten Etappe die Cannabisfrage neu prüfen soll. Die ständeräliche Gesundheitskommission hat diesem Vorgehen im Mai 2005 zugestimmt. Die SGK-N hat eine Subkommission Drogenpolitik eingesetzt, bestehend aus sieben Mitgliedern, die einen Vorschlag ausgearbeitet hat. Die SGK-N hat den Erlassentwurf und den Bericht am 4. Mai in der Gesamtabstimmung mit 18 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet. Als nächstes wird der Bundesrat seine Stellungnahme zur Vorlage abgeben und der Nationalrat wird voraussichtlich in der Wintersession 2006 Erlassentwurf und Bericht beraten.

Kontakt: Maria Chiara Saraceni
Sektion Grundlagen, BAG, 3003 Bern,
Tel. 031 323 87 39
maria.saraceni@bag.admin.ch

Cannabispolitik und Glaubwürdigkeit

Das Thema Cannabis polarisiert seit vielen Jahren und die Positionen sind verfahren und festgefahren. Es wurden und werden jeweils einseitig die Gefahren betont, die Risiken banalisiert oder der Legalstatus in den Vordergrund gestellt. Eine solche Polarisation geht an der Realität vorbei und eine sinnvolle und zielorientierte, auf Jugendliche ausgerichtete Prävention und Behandlung konnte nicht aufgebaut werden. Viele konsumieren gelegentlich. Es gibt aber auch Menschen, die die Kontrolle über ihren Konsum verloren haben. Dieser Gebenheit muss ein Gesetz, aber auch die Prävention und die Interventionsstrategien Rechnung tragen. Für Jugendliche und deren Umfeld haben wir in Winterthur eine differenzierte Palette von Angeboten aufgebaut. Unsere Grundhaltung ist dabei klar: «Kiffen ist – wie Rauchen auch – nicht gesund. Doch wenn du kiffst, dann kiffe wenig.» Auf dieser Grundaussage aufbauend, unterstützen wir in spezialisierten Modulen

- a) Jugendliche mit Gelegenheitskonsum auf Cannabis zu verzichten und alternative Genussformen zu finden,
- b) Jugendliche die zuviel kiffen, den Konsum zu reduzieren und die Kontrolle über diesen wieder zu erlangen und
- c) Eltern, Lehrer und Lehrmeister im Umgang mit kiffenden Jugendlichen.

Dieses Vorgehen bewährt sich.

Wollen wir als Eltern, Lehrer, Ärzte, Therapeuten im Umgang mit Jugendlichen glaubwürdig sein, sollen unsere pädagogischen und therapeutischen Interventionen erfolgreich sein, sollen unsere Kinder verantwortungsvolle Erwachsene werden, müssen wir wegkommen von monothematischen Streitereien, wie wir sie beim Cannabis führen. Die jetzige Diskussion über die Hanfinitiative ist letztlich eine unpolitische Kleinkrämerei sowohl von Initianten wie Gegnern. Politisch-strategisch muss der verantwortungsvolle Umgang mit den Angeboten unserer Gesellschaft im Zentrum stehen. Dazu gehört auch der Konsum von psychoaktiven Substanzen. Die Bestrafung von Verhaltensweisen, die anderen keinen Schaden zufügen und bei massvollem Konsum auch kaum Gesundheitsschäden verursachen, ist weder mit unseren freiheitlichen, die Selbstverantwortung betonenden Grundwerten, noch mit unserer humanistischen Tradition vereinbar. Ich plädiere für eine Ausweitung der Diskussion, weg vom Cannabis, hin zu einer umfassenden und konstruktiven Drogenpolitik, in der der selbst verantwortete genussvolle Konsum von psychoaktiven Substanzen seinen Raum erhält. Auch Genuss will gelernt sein.

Dr. med. Toni Berthel
Stv. Chefarzt ipw, Leiter Bereich Adoleszenz und Sucht.
Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin SSAM
toni.berthel@ipwin.ch
www.bsd.winterthur.ch

Zwischen Vorbildern und Repression – auf der

Cannabiskonsum. Der Cannabiskonsum hat in den letzten Jahren insbesondere bei Jugendlichen stark zugenommen. Cannabis stecken geblieben. Inzwischen sind zwei Bestrebungen zur Lösung dieser Pattsituation im Gang, die Catherine Menétrey-Savary (Grüne, Waadt) und PD Dr. med. Jean Henri Dunant (SVP, Basel-Stadt) über ihre Ein

spectra: Fachleute gehen davon aus, dass etwa eine Million Schweizerinnen und Schweizer schon mal gekifft hat, dass rund eine Viertelmillion Menschen, also knapp 5 Prozent der Bevölkerung Cannabis konsumieren, die Hälfte von ihnen mindestens einmal wöchentlich. Nach geltendem Gesetz begehen sie damit eine strafbare Handlung. Finden Sie diese Situation beunruhigend?

Anne-Catherine Menétrey: Das kommt darauf an. Die Tatsache, dass es Konsumentinnen und Konsumenten gibt, beunruhigt mich nicht besonders, so lange ihr Konsum kein Risikokonsum ist. Die Tatsache, dass ihr Verhalten kriminalisiert wird, ist ein Problem – es kann doch nicht sein, dass eine Viertelmillion Schweizerinnen und Schweizer sich deswegen in der Illegalität befinden. Natürlich muss man unterscheiden zwischen denen, die ein einziges Mal konsumiert haben, denen, die gelegentlich konsumieren und der Kategorie der exzessiven – insbesondere jugendlichen – Konsumierenden, die ein grosses Risiko eingehen. Es sind Letztere, die mir Sorgen machen.

Jean Henri Dunant: Für mich stehen zwei Punkte im Vordergrund. Erstens vermisste ich eine klare Gesetzgebung. In verschiedenen Kantonen wird das Cannabisproblem unterschiedlich gehandhabt. In Basel-

» Ich vermisste eine klare Gesetzgebung. In verschiedenen Kantonen wird das Cannabisproblem unterschiedlich gehandhabt. »

Jean Henri Dunant

Stadt kann man praktisch ungestraft Cannabis konsumieren und in kleinen Mengen verkaufen. 800 Meter weiter, jenseits der Grenze, kommt man dafür ins Gefängnis, selbst wenn man nur geringe Mengen im Auto mitführt. Da müssen wir eine Lösung finden, die dem europäischen Standard entspricht. Das zweite, was mir Sorgen macht, ist der Jugendschutz. Der Alt-68er Maler oder Künstler, der in seinem Atelier einen Joint raucht, macht mir keine Sorgen. Wenn Schüler durch Cannabiskonsum demotiviert werden, sich nicht mehr für den Schulstoff interessieren und am Morgen nicht mehr aufstehen mögen, dann ist das für mich eine riesige Sorge.

spectra: Viele Lehrpersonen schlagen Alarm, weil sie mit Schülerinnen und Schülern konfrontiert sind, die auffällig werden und bei denen Cannabiskonsum mit im Spiel ist.

Menétrey: Ich möchte dazu zwei Dinge sagen. Es muss nicht sein, dass es einem Schüler wegen des Kiffens schlecht geht. Es kann durchaus sein, dass das Missbehagen vorher besteht und der Cannabiskonsum nur ein sichtbares Zeichen dafür ist. Zweitens: Alle Schulen haben eine ganz klare Richtlinie: Der Konsum –

nicht nur von Cannabis, sondern auch von Alkohol – ist im schulischen Rahmen verboten. Abgesehen davon, dass diese Reglemente nicht immer umgesetzt werden, gibt es auch Lehrkräfte, die nicht genau wissen, wie man mit dem Problem umgehen soll, die vielleicht so tun, als sähen sie es nicht. Das finde ich ebenfalls sehr beunruhigend. Die Schulen sollten eigentlich kein Gesetz und keine Polizei benötigen, um ihre Reglemente durchzusetzen. Und ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es nicht nur die Cannabisproblematik gibt, sondern dass insbesondere der exzessive und mit grossen Risiken verbundene Alkoholkonsum bei den Minderjährigen ein bedeutendes Problem darstellt.

Dunant: Ich nehme also an, dass wir beide der gleichen Meinung sind, dass man durchaus die Biersteuer erhöhen könnte. Das freut mich, weil man in meiner eigenen Partei grundsätzlich dagegen ist, Steuern zu erhöhen. Aber in diesem Fall scheint es mir notwendig. Immer wieder höre ich von Auswüchsen: Es gibt beispielsweise am 1. Mai in Basel ein Wetttrinken, eine Art Stafette, bei der getrunken wird, bis die Teilnehmer fast tot umfallen.

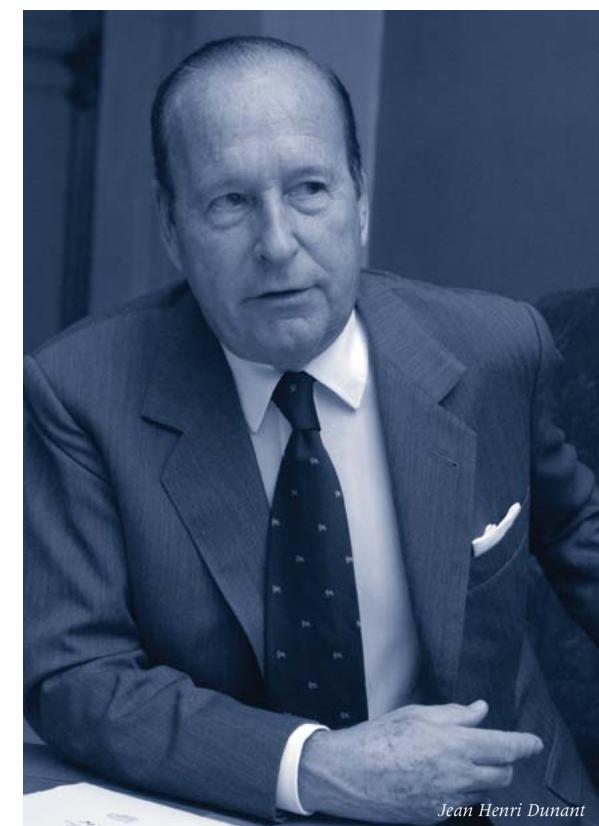
Wo ich auch mit Ihnen einverstanden bin, Frau Menétrey, ist die Tatsache, dass Leute nicht einfach so mit dem Rauchen anfangen. Es muss da immer etwas dahinter stecken. Die Erwachsenen haben hier eine sehr wichtige Funktion. Sie sollten als Vorbilder den richtigen Weg zeigen. Viele Erwachsene nehmen diese Verantwortung nicht mehr wahr.

Menétrey: Die Erziehung spielt eine wichtige Rolle. Aber man kann immer wieder beobachten, dass die effizienteste Präventionsmaßnahme in der Erhöhung der Preise besteht.

» Die Hanfinitiative schlägt ein strengeres System vor als das, was wir heute haben, und ein besser reglementiertes. »

Anne-Catherine Menétrey

Das hat sich sehr schön am Beispiel der Alcopops gezeigt, und zum Teil auch beim Tabak. Viele glauben nicht an die Wirkung höherer Preise. Aber gerade bei den Einstiegen zeigen sie deutliche Wirkung. Wenn es gelingt, den Einstieg in einen Substanzkonsum zu verzögern, kann man viele Probleme vermeiden.



Jean Henri Dunant

spectra: Um wie viel, Herr Dunant, würden Sie denn die Biersteuer erhöhen? Auf das Doppelte oder – wie dies Präventionskreise fordern – auf das Fünffache?

Dunant: Ich glaube, das muss man gestaffelt machen. Wenn eine bestimmte Erhöhung keine Wirkung zeigt, muss man weiter erhöhen. Bis die Steuer so hoch ist, dass man einen Effekt sieht. Bier muss deutlich teurer sein als Mineralwasser.

spectra: Sie sprachen von der Rolle der Erziehung, von der Vorbildfunktion der Eltern...

Menétrey: Ich denke, dass die Eltern, die Erwachsenen überhaupt, sich eigentlich wünschten, den Weg zeigen zu können, aber dass sie nicht wissen wie. Sie hinterfragen auch nicht ihr eigenes Verhalten. Das führt dazu, dass sich viele Jugendliche in Konfrontation zu den Erwachsenen befinden. Die Jungen sagen: Ihr trinkt Alkohol, ihr schluckt Medikamente, aber ihr gönnst uns nicht unseren Joint, der zu unserer Kultur gehört. Diese Konfrontation ist nicht sehr gesund, weil sie die Jungen erst recht dazu verleitet, zu kiffen. Wenn das Kiffen nämlich nicht verboten wäre, würden es vermutlich einige lassen.

Dunant: Da bin ich allerdings anderer Meinung. Was nicht weiter schlimm ist, bis jetzt waren wir uns ja zu 80% völlig einig. Neben der Prävention, die sehr wichtig ist, braucht es halt auch von Zeit zu Zeit eine Bestrafung. Aber da spreche ich nicht von Polizisten in der Schule. Aber die Erwachsenen – Eltern, Lehrer, Schuldirektion – müssen in Zusammenarbeit ganz klare Regeln aufstellen, die sagen: Bis hier und nicht weiter. Wer sich nicht daran hält, muss mit Sanktionen rechnen.

Suche nach Lösungen der Cannabisprobleme

nen. Mit dem Scheitern der Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) im Sommer 2004 ist die Politik in Sachen Hanfinitiative und die reduzierte Revision des BetmG. Wir sprachen mit zwei Mitgliedern des Nationalrates, Anne-Catherine Menétrey und Jean Henri Dunant, über die Einschätzungen der Situation.

Menétrey: Ich würde gerne die Begriffe «Bestrafung» und «Sanktion» auseinander halten. Wenn man Grenzen setzt, muss etwas passieren, wenn diese Grenzen überschritten werden. Eine Sanktion ist für mich aber nicht unbedingt eine Strafe, sondern eine Antwort auf das Überschreiten der Grenze. Diese Antwort kann auch in einer Betreuung, einem Rat bestehen.

Dunant: Gute Idee: Am freien Mittwochnachmittag gibt es statt schulfrei eine obligatorische Informationsveranstaltung, vielleicht mit einem Arzt, einem Psychiater...

Menétrey: Das wäre eine Möglichkeit. Ich denke, Sanktionen müssen für die Jugendlichen nachvollziehbar sein, einen Sinn machen. Wenn sie von den Jugendlichen nur als Schikanen



Anne-Catherine Menétrey-Savary

kane und Barriere empfunden werden, ihr eigenes Leben zu leben, werden sie nichts nützen. Ich erlebte kürzlich eine Zusammenkunft mit Eltern, die sich um ihre Kinder Sorgen machten und ratlos waren, wie sie sie darauf ansprechen sollten. Ich würde vorschlagen: Sagen Sie «Ich mag es nicht, wenn Du kiffst, ich mache mir Sorgen...» statt «Du machst das und das geht nicht...» So gelingt es eher, in einen Dialog zu kommen, der nicht aus Schuldzuweisungen besteht.

Dunant: Ich glaube an die Vorbildfunktion der Eltern und an den Dialog. Mein Vater hat 40 Zigaretten täglich geraucht. Als ich 15 war, habe ich ebenfalls angefangen, gelegentlich eine zu rauchen. Da hat mir mein Vater gesagt: ich höre ab sofort mit dem Rauchen auf – aber Du auch. Es hat geklappt. Und ich habe nie mehr eine Zigarette angerührt.

spectra: Wie stehen Sie der Hanfinitiative gegenüber? Die Initiative spricht

von einem «vernünftigen Umgang» mit Cannabis. Finden Sie den vorgeschlagenen Weg vernünftig?

Dunant: Ich finde diese Hanfinitiative unvernünftig, weil sie gegen den Strom schwimmt, entgegen allen anderen Entwicklungen in Europa. Wir

«Beim Drogenhanf muss die Repression eine wichtige Rolle spielen, da bin ich völlig unerbittlich.»

Jean Henri Dunant

können ja nicht plötzlich eine Insel sein, wo man völlig liberal ist, während man andernorts die Schraube anzieht – das sehen Sie in Holland, wo man in jüngster Zeit strenger geworden ist. Man sollte versuchen, einigermaßen auf der gleichen Linie zu sein. Ich finde diese Initiative keine gute Sache und ich werde mich gegen sie wenden.

spectra: Stört Sie denn die Diskrepanz zwischen dem geltenden Gesetz und der herrschenden Praxis nicht?

Dunant: Doch, sehr. Das ist eine gewaltige Rechtsunsicherheit und wir müssen ein Gesetz machen, das Hand und Fuß hat. Aber die Hanfinitiative ist der falsche Weg dazu.

Menétrey: Sie haben das Beispiel von Holland erwähnt, welches wieder zu einer strengerem Handhabung zurück will. Für mich ist es genau das, was

die Hanfinitiative will. Heute kann jeder Cannabis fast überall bekommen. Dabei handelt es sich um nicht kontrollierte Produkte, von denen man die Zusammensetzung und den THC-Gehalt nicht kennt. Die Initiative schlägt deshalb ein Reglementierungssystem vor, dass auch Verbote umfasst – wie etwa den Verkauf an Minderjährige. Meiner Meinung nach wäre dies ein strengeres System als das, was wir heute haben, und ein besser reglementiertes. Aus diesem Grund unterstütze ich die Anliegen der Initiative. Aber ich finde es schade, dass diese Anliegen in Form einer Volksinitiative daherkommen. Weil die Anliegen so auf Verfassungsebene verankert werden und weil die Cannabisfrage aus dem Gesamtrahmen der Konsumation von Substanzen herausnimmt. Leider war dies die einzige Möglichkeit, diese Debatte wieder in Gang zu bringen, nachdem im Juni 2004 die Revision des Betäubungsmittelgesetzes gescheitert war.

spectra: Herr Dunant, Sie haben ge-

sagt, dass man eine Lösung für die störende Rechtsungleichheit finden muss. Wenn Sie ganz frei fantasieren könnten, wie würde eine Lösung nach Ihrem Gusto aussehen?

Dunant: Eine ganz schwierige Frage! Im Gegensatz zu Frau Menétrey bin ich ein Befürworter der Repression. Was mich interessiert, sind die Jugendlichen – nicht die Alten. Und gerade in diesem Bereich muss man auch mal strafen. Was ich gar nicht gerne habe, sind spezielle Gesetze, wo noch für die Bauern und für weiss Gott wen alles spezielle Ausnahmen vorgesehen sind. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne mit 0,3 Prozent THC eine Grenze setzen und dann kommen Inspektoren in die Felder... Beim Drogenhanf muss die Repression eine wichtige Rolle spielen, da bin ich völlig unerbittlich.

Menétrey: Die Repression hat meiner Ansicht nach auch kontraproduktive Wirkungen. Sie weckt bei Jugendlichen das Gefühl der Unge rechtigkeit und nicht ein Schuldgefühl. Die jungen Leute, die Cannabis rauchen, haben nicht die Empfindung, etwas Unrechtes zu tun. Wenn sie dann von der Polizei verzeigt werden und in die Mühlen der Justiz geraten, haben sie vor allem das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden. Darum ist Repression kontraproduktiv.

Wenn Sie fragen, wie man aus dem Problem herauskommt, ist meine Antwort für viele Ohren möglicherweise ein wenig pessimistisch: Es wird nie gelingen, DIE Lösung zu finden. Ganz generell ist unsere Gesellschaft abhängigkeitsfördernd, sie schafft Sucht und Abhängigkeit, weil sie eine Konsumgesellschaft ist, die nach «immer mehr» strebt. Abgese-

«Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Risiken omnipräsent sind. Wir müssen mit Risiken umgehen lernen.»

Anne-Catherine Menétrey

hen davon hat es in allen Gesellschaften immer den Konsum von psychotropen Substanzen gegeben, weil dies ein Mittel der Transzendenz ist, welche andere Welten eröffnet. Also denke ich nicht, dass man eine Lösung für die Drogenprobleme findet. Aber ich bin überzeugt, dass man den Konsumentinnen und Konsumenten die bestmögliche Gebrauchs anweisung geben sollte. Etwa wie man in unserer traditionellen Kultur gelernt hat, mit Alkohol umzugehen: Alkoholkonsumenten wissen, dass man Schnaps nicht trinkt wie Bier. Wir müssen mit Risiken umgehen lernen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Risiken omnipräsent sind – nicht nur, was Substanzen anbelangt, sondern auch andere Risikoverhältnisse. Deshalb muss man in der Prävention aktiv sein, aber auch bei der Therapie, Betreuung und Schadensminderung.

DEPART: Jugendliche begleiten

Wie in den anderen europäischen Ländern steigt in der Schweiz der Konsum und der Missbrauch von Cannabis und anderen psychoaktiven Substanzen bei Jugendlichen. Angesichts dieser Problematik der öffentlichen Gesundheit ist das Pilotprojekt von DEPART (Mai 2004 bis April 2007) entstanden. DEPART ist ein Gemeinschaftsprojekt von fünf medizinisch-sozialen Institutionen der Region Lausanne und stellt Fachleuten, Jugendlichen von 12 bis 20 Jahren und ihren Angehörigen ein interdisziplinäres Team zur Verfügung, das sich auf die Probleme des Konsums psychoaktiver Substanzen bei Jugendlichen spezialisiert hat. Die Jugendlichen selber suchen selten Hilfe. Im Projekt DEPART gingen die Anfragen hauptsächlich von einem Mitglied des Netzes – beispielsweise Schulkrankenschwestern, Jugendarbeiter usw. – aus (126 oder 64,9%) oder von der Familie (27,3% der Anfragen). Die meisten Anfragen kommen in Krisensituationen, wenn oft schon verschiedene Fachleute involviert sind. Hauptaufgabe von DEPART ist es nun, die Kontinuität der Behandlung und eine griffige Koordination durch eine Betreuung im interdisziplinären und interinstitutionellen Netzwerk zu gewährleisten.

Auf Anfrage einer Institution (z.B. einer Schule oder eines Jugendheims) kann DEPART diese bei der Verbesserung bereits bestehender Kompetenzen unterstützen (Intervision – Erarbeitung von Zusammenarbeitsvereinbarungen, die dazu dienen, die Kommunikation und die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache zu vereinfachen). DEPART bietet auch eine spezifische Unterstützung für die Jugendlichen selbst an, in Form einer Evaluation ihres Konsums (3 bis 4 Gespräche). Diese Gespräche werden im Sinne einer Motivation geführt, die darauf zielt, nach Möglichkeit einer Verhaltensänderung zu suchen. Diese Situationsanalyse erlaubt eine Bilanz, bei der in Übereinstimmung mit der zuweisenden Stelle und dem Jugendlichen das optimale weitere Vorgehen festgelegt wird (sei es eine weitere Begleitung durch DEPART, die Überweisung an eine spezialisierte Hilfseinrichtung oder das Ende der Betreuung).

58,1% der bei DEPART betreuten Jugendlichen konsumieren täglich Cannabis. Die meisten steigen mit 14 bis 15 Jahren in den regelmässigen Cannabiskonsum ein. Alkohol wird dagegen meist am Wochenende getrunken (von 47,7%), oft in sehr grossen Mengen – das bekannte Phänomen des Rauschtrinkens. Außerdem geben 23,3% der Jugendlichen an, im Laufe der letzten 12 Monate zwischen einem und zehn Mal Kokain zu sich genommen zu haben.

Mathias Romailler, Caroline Graap, Parissa Khosrov et Patrice Charpentier, Supervision: Pierre-André Michaud, Philippe Stephan et Renaud Stachel

DEPART, Rue du Bugnon 25a
1005 Lausanne, Tél. 021 314 74 82
projet.depart@chuv.ch

Ein Seismograph für neue Trends

Cannabismonitoring. Das Bundesamt für Gesundheit hat ein Forschungsprogramm in Auftrag gegeben, um die Entwicklung der Cannabisproblematik in der Schweiz von 2004 bis 2008 zu verfolgen.

Das Cannabismonitoring besteht aus mehreren, sich ergänzenden Unterstudien.

Die Umfrage

2004 wurde eine Umfrage bei einer repräsentativen Bevölkerungsgruppe im Alter von 13 bis 29 Jahren durchgeführt. Mehr als 5000 Personen wurden zu ihrem Konsum, ihrer Meinung und ihrer Einschätzung der Cannabisproblematik befragt. Die Umfrageteilnehmer werden im Jahr 2007 ein weiteres Mal befragt. Diese Wiederholung der Umfrage erlaubt die Feststellung von Veränderungen und allfälligen Konsequenzen im Cannabiskonsum. Die erste Umfrage von 2004 hat gezeigt, dass der Cannabiskonsum in der Schweiz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen weit verbreitet ist: 46% der Jungen zwischen 13 und 29 Jahren haben bereits Cannabis konsumiert. Die Häufigkeit des Konsums hat im Verlaufe der 1990er Jahren deutlich zugenommen, aber es fehlen vergleichbare Daten für die vergangenen vier Jahre, so dass die Fortsetzung dieses Trends nicht mit Sicherheit bestätigt werden kann. Man kann jedoch eine nicht unerhebliche Gruppe identifizieren (etwas weniger als 5% der Allgemeinbevölkerung dieses Alters), die einen problematischen Konsum von Cannabis aufweist.

Das Überwachungssystem

Im Jahr 2004 wurde in den vier Kantonen St. Gallen, Tessin, Waadt, Zürich ein Überwachungssystem (Studie *Sentinella*) eingerichtet, welches die lokalen epidemiologischen Daten mit jenen zusammenführt, die in den betroffenen Expertengremien gesammelt wurden (Gesundheit, Soziales, Erziehung, Justiz und Polizei). Zwei Gremienrunden haben bereits stattgefunden (Winter 2004/2005, Frühling 2006), sie werden in den Jahren 2007 und 2008 wiederholt.

Für das Jahr 2004 präsentiert sich die Lage in den vier beteiligten Kantonen wie folgt: Die Erziehungs- und Gesundheitsfachleute betrachten im Allgemeinen den problematischen Cannabiskonsum als ein Symptom und einen Katalysator psychosozialer Schwierigkeiten bei einigen Jugendlichen. Polizei und Justiz richten ihre

Tätigkeit – nach einer Periode relativ abwartender Haltung – erneut schwergewichtig auf die Repression gegen Produktion und Verkauf. In ihrer Gesamtheit wünschen die Fachleute eine bessere Kohärenz zwischen dem Gesetz und seiner Anwendung.

Der Hanfmarkt

Zwei Studien über den Cannabismarkt aus dem Jahr 2004 haben aufgezeigt, dass Cannabis in der Schweiz leicht erhältlich ist und einen ziemlich hohen THC-Gehalt aufweist (zwischen 8 und 28%).

Verbreitete Verunsicherung

Die verschiedenen Studien zeigen deutlich und übereinstimmend, dass Verbesserungen sowohl im Bereich der Prävention als auch in jenem der Behandlung wünschenswert sind. Was das Betäubungsmittelgesetz betrifft, so stellt man sowohl bei den Jugendlichen wie auch bei den Experten der verschiedenen Gebiete und in den Hanfläden eine grosse Unsicherheit fest bezüglich des Inhalts des geltenden Rechts, seiner Anwendung und der Zukunft. Über die Ausgestaltung der Zukunft sind die Meinungen geteilt zwischen eher liberalen Optionen und verstärkter Repression. Es ist sehr wohl möglich, dass die praktische Handhabung der Cannabisfrage in verschiedenen Kantonen sich verschieden entwickeln wird.

Arbeitsgruppe Cannabismonitoring:

B. Annaheim, S. Arnaud, F. Dubois-Arber (Co-Leitung), G. Gmel, G.-L. Isenring, M. Killias, M. Müller, M. Neuenschwander, J. Rehm (Co-Leitung), J. Vuille, F. Zobel.

Kontakt: Sandra Villiger, Sektion Grundlagen, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 323 23 58, sandra.villiger@bag.admin.ch

Impressum

«spectra – Gesundheitsförderung und Prävention» ist eine Informationsschrift des Bundesamtes für Gesundheit und erscheint sechs Mal jährlich in deutscher, französischer und englischer Sprache. Sie bietet in Interviews und in der Rubrik «Forum» auch Raum für Meinungen, die sich nicht mit der offiziellen Haltung des Bundesamtes für Gesundheit decken.

Herausgeber:
Bundesamt für Gesundheit, 3003 Bern
Tel. 031 323 87 79, Fax 031 324 90 33
www.bag.admin.ch

Realisation:
Pressebüro Ch. Hoigné
Allmendstr. 24, 3014 Bern
hoigne@datacomm.ch

Leitung Redaktionskommission:
Adrian Kammer,
adrian.kammer@bag.admin.ch

Nr. 57, Juli 2006

Textbeiträge:
Mitarbeitende des BAG, Christoph Hoigné, weitere Autoren

Fotos: Christoph Hoigné, privat

Gestaltung:
Lebrecht typ-o-grafik, 3018 Bern
Druck: Büttiger AG, 4562 Biberist

Auflage: 7000 Ex. deutsch 4000 Ex. franz., 1500 Ex. engl.

Einzelexemplare und Gratisabonnemente von «spectra» können bestellt werden bei:
Bundesamt für Gesundheit
Sektion Kampagnen, 3003 Bern
Tel. 031 323 87 79, Fax 031 324 90 33
kampagnen@bag.admin.ch

Die nächste Ausgabe erscheint im August 2006.

Führt Cannabis zu psychischen Störungen?

Cannabis und Schizophrenie. Hohe THC-Konzentrationen im Schweizer Hanf und die starke Zunahme des Cannabiskonsums unter Jugendlichen ließen Befürchtungen über einen schädlichen Einfluss von Cannabis auf die menschliche Psyche erneut aufflammen. Wird es in Zukunft viel mehr psychisch Kranke geben und steht die heutige Jugend kurz vor dem psychosozialen Untergang?

zusätzlichen psychosozialen Folgeschäden?

Als Ursache nicht schlüssig

Die umfassende Literaturstudie analysierte alle relevanten wissenschaftlichen Publikationen aus den Jahren 1990 bis 2004 und kommt zu folgendem Schluss: Die mancherorts gestiegenen THC-Konzentrationen können möglicherweise bei Cannabis unerfahrenen, selten konsumierenden oder Cannabis oral einnehmenden Menschen zu panikartigen Zuständen führen. Die mehrfach gefundene

Assoziation zwischen Cannabiskonsum und Depressionen scheint mit gemeinsamen Faktoren zusammenhängen, welche sowohl das Risiko für Cannabiskonsum als auch für Depressionen erhöhen. Sehr hohe Dosen von Cannabis können vermutlich sehr selten kurz dauernde psychotische Symptome auslösen. Die aktuellen Befunde zum Einfluss von Cannabiskonsum auf psychisch verletzliche Individuen erlauben noch keine abschliessende Beurteilung.

Bei Schizophrenen scheint Cannabiskonsum den Krankheitsverlauf eher zu verschlechtern. Der Zusammenhang zwischen jugendlichem Cannabiskonsum und psychosozialen Folgeschäden wird im Allgemeinen überschätzt. Psychosoziale Probleme sind häufiger der Auslöser für den Konsum von Cannabis als umgekehrt.

Dass Jugendliche mit schwerem Cannabiskonsum ein viermal höheres Risiko für eine spätere Schizophrenie aufweisen als jene ohne Konsum psychotroper Substanzen, finden die Autoren der Studie bedenklich. Es ist aber nach wie vor nicht gesichert, dass diesem Zusammenhang auch eine ursächliche Beziehung zugrunde liegt. Dennoch – empfiehlt die Studie in ihren Schlussfolgerungen – sollte Jugendlichen unter 18 Jahren vorderhand besonders eindringlich vom Cannabiskonsum abgeraten werden.

Quelle: Führt Cannabis zu psychischen Störungen? – Eine Übersicht.
Michael Schaub & Rudolf Stohler,
Forschungsgruppe Substanzstörungen
der Psychiatrischen Universitätsklinik
Zürich West, 2004.

Kontakt: Marta Kunz, Sektion Grundlagen, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 322 32 41, marta.kunz@bag.admin.ch



Das Gedächtnis zum Thema Aids

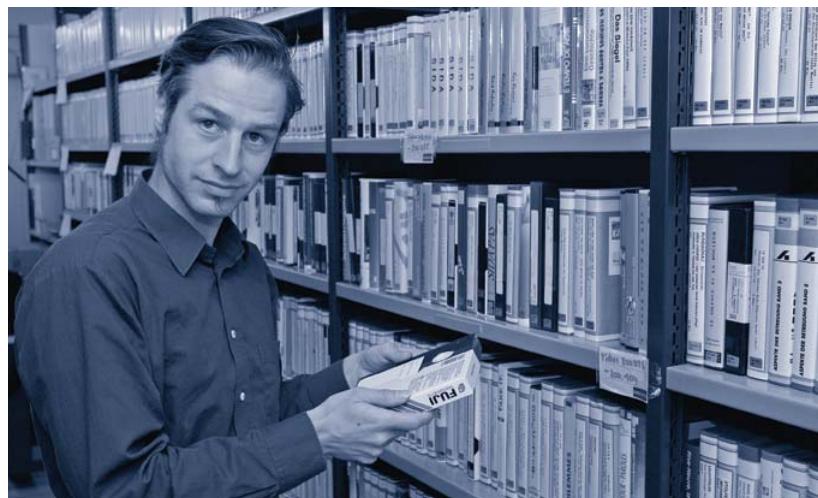
Aids Dokumentation. In einem Archiv des Bundesamtes für Gesundheit lagert eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten – gewissermassen das Gedächtnis zum Thema HIV/Aids in der Schweiz.

Die Aids Dokumentation (AD) verwahrt als Archiv Dokumente aller Art, welche im Zusammenhang mit HIV/Aids (vor allem in der Schweiz) stehen. In ihrer Archivfunktion beschafft die AD nicht aktiv, sondern ist Abgabestelle für Dokumente zum Thema Aids, für dessen Erhaltung und Zugänglichkeit sie sorgt. Aktuelle Informationen zum Thema HIV/Aids sind bei der Aids-Hilfe Schweiz (AHS) erhältlich, welche ein umfassendes Angebot an Informationsmaterial in ihrem Online-Shop anbietet.

Der grösste Teil der AD-Bestände – rund 13'000 Dokumente – stammt aus den vom Bundesamt für Gesundheit übernommenen Beständen der Ende 2003 aufgelösten Aids Info Docu (AID). Anfang 2005 wurde in der Sektion Aids des BAG die Neueröffnung der AID-Bestände eingeleitet, um diese als öffentlich nutzbare Dokumentation interessierten Kreisen zur Verfügung zu stellen.

Ein beträchtlicher Teilbestand der AD besteht aus Literatur: Monographien, Zeitschriften, Broschüren und vor allem auch Graue Literatur. Ein Teilbestand von knapp 1'000 Videos enthält hauptsächlich TV-Mitschnitte von Filmen, Diskussions-, und Dokumentarsendungen, aber auch sämtliche Schweizer Kampagnen-Spots und im Handel erworbene Videobänder. In der AD ist der grösste Teil allen Kampagnenmaterials zum Thema HIV/Aids in der Schweiz – zum Teil auch internationales Material – vorhanden.

Die Wanderausstellung «Ohne Dings kein Bums. 20 Jahre Aids-Arbeit in der Schweiz» wurde zum grössten Teil aus Dokumenten der AD zusammengestellt und stellt damit quasi die erste öffentliche Nutzung dieser Sammlung dar. Die Ausstellung wurde im Museum Bärengrasse in Zürich aus der Taufe gehoben und wird zurzeit (bis zum 3. September 2006) im Kantonsmuseum Baselland in Liestal gezeigt, später auch im Kornhausforum in Bern.



Tausend Videos und zehntausende Dokumente. Die Aids Dokumentation und ihr Leiter, Yves Niederhäuser.

Plakate in der Landesbibliothek

Die AD enthält keine Geschäftsaufnahmen. Solche werden nach ihrer Verwendung dem Bundesarchiv übergeben. Die AD verwahrt auch keine Plakate; sämtliche Kampagnenplakate wurden zur Erschliessung und Erhaltung der Landesbibliothek übergeben. Ziel der Landesbibliothek ist es, sämtliche Plakate im schweizerischen Gesamtatalog über Internet zugänglich zu machen, bisher sind dies rund 250 verschiedene Sujets.

Vielfältige Aspekte

In der AD finden sich Dokumente zum Thema HIV/Aids, dessen unterschiedliche Aspekte in folgenden Teilbereichen dokumentiert werden:

- Prävention/Bildung/Kommunikation
- Geschichte/Kultur/Religion
- Medikament/Medizin/Psychologie
- Gesundheits-/Sozialwesen
- Prostitution/Drogen
- Staat/Gesellschaft/Organisationen
- Sexualität
- Krankheit
- Recht/Versicherung
- Wirtschaft/Wissenschaft

Hilfe bei Recherchen

Die Recherche in den Beständen

der AD soll demnächst über das World Wide Web im Online-Katalog Alexandria vorgenommen werden können. Das Team der AD unterstützt Interessierte gerne bei ihren Recherchen. Die Konsultation der AD-Bestände ist nur vor Ort möglich, die Ausleihe von Dokumenten ist nicht möglich. Die Dokumente sind in einem nicht öffentlich zugänglichen Magazin gelagert und müssen bei Mitarbeitenden der AD bestellt werden. Nach wie vor sind umfangreiche Bestände aufzuarbeiten, erläutert AD-Leiter Yves Niederhäuser. Von Original-Videos wird aus Sicherheitsgründen eine DVD hergestellt, die dann konsultiert werden kann.

Fernziel ist es, die Möglichkeit zu schaffen, alle verschiedenen Arten von Dokumenten an einem Arbeitsplatz konsultierbar zu machen (Literatur wie audiovisuelle Dokumente). Ein Fotokopierer kann benutzt werden. Eine Voranmeldung ist auf jeden Fall nötig, da keine festen Öffnungszeiten bestehen und für die Konsultation gewisser Dokumente vorgängig Gebrauchskopien hergestellt werden müssen.

Kontakt:

Yves Niederhäuser, Sektion Aids, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 323 26 64, yves.niederhaeuser@bag.admin.ch

Alkoholprobleme – eine Aufgabe für die Politik

Aus der Perspektive der Gesundheitsforschung ist Alkohol kein gewöhnliches Konsumgut. Alkoholmissbrauch hat weltweit Folgen für Individuen und die Gesellschaft, von Unfällen und Gewalt bis hin zu Krankheit und vorzeitigem Tod. Ein risikoreicher Alkoholkonsum hat zudem einen ungünstigen Einfluss auf viele Aspekte des sozialen Lebens.

Eine neue Broschüre der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) gibt einen Überblick über mögliche alkoholpolitische Strategien und ihre Wirksamkeit. Sie fasst das Standardwerk aus der Alkoholforschung «Alkohol – kein gewöhnliches Konsumgut» von Thomas Babor und weiteren Autoren auf übersichtliche Weise zusammen und zeigt den politischen Handlungsbedarf in der Schweiz auf. Die Broschüre richtet sich an Fachpersonen, Politikerinnen und Politiker sowie weitere Interessierte.

Die Broschüre «Alkohol – kein gewöhnliches Konsumgut» ist gratis erhältlich bei der SFA, Tel. 021 321 29 35 buchhandlung@sfa-ispa.ch, www.sfa-ispa.ch.

Biersteuergesetz mit Jugendschutz

Der Nationalrat hat am 21. Juni das Biersteuergesetz mit 102 zu 36 Stimmen bei 38 Enthaltungen angenommen. Die Debatte wurde klar von der Jugend- und Gesundheitsschutzdebatte dominiert. Die Ratsmitglieder waren sich mehrheitlich einig, dass die Kinder und Jugendlichen vermehrt gegen den Alkoholmissbrauch geschützt werden müssen. Über das Wie konnten sie jedoch keine Übereinstimmung erzielen. Gegen den Willen der SVP und FDP hat der Nationalrat eine Jugend- und Gesundheitsschutzbestimmung im neuen Biersteuergesetz eingefügt. Abgelehnt wurden sowohl eine Biersteuersenkung wie auch eine Biersteuererhöhung. Die Vorlage geht nun zur Differenzbereinigung an den Ständerat.

Globaler Ansatz zur Eindämmung der Tabakepidemie

Tabakprävention. Die FCTC ist die erste weltweit gültige Gesundheitskonvention, die unter der Führung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erarbeitet wurde. Die «WHO-Tabakkonvention» wurde einstimmig von der Weltgesundheitsversammlung verabschiedet und 2004 von fast 170 Ländern unterzeichnet, auch von der Schweiz. Bevor unser Land die WHO-Konvention ratifizieren kann, sind in Teilbereichen Gesetzesanpassungen nötig. Der Bundesrat will bis Ende 2007 eine Ratifikationsbotschaft erarbeiten.

Die WHO-Tabakkonvention (Framework Convention on Tobacco Control, FCTC) stellt einen globalen Ansatz zur Eindämmung der Tabakepidemie dar, der in einem mehrjährigen Prozess und unter breiter internationaler Beteiligung von Regierungsvertretern erarbeitet wurde. Sie ist als Massnahmenpaket konzipiert, das auf den neusten wissenschaftlichen Standards basiert und langfristig eine erfolgreiche Tabakprävention sichert. Die Weltgemeinschaft ist sich einig, dass nur so die Tabakepidemie, die Jahr für Jahr Millionen von Toten verursacht und die Volkswirtschaften in Milliardenhöhe belastet, unter Kontrolle gebracht werden kann.

Die WHO-Tabakkonvention setzt

verbindliche Regeln im Umgang mit einem gefährlichen Produkt in einem bisher wenig kontrollierten Markt. Um eine nachhaltig erfolgreiche Tabakprävention sicherzustellen, sind sowohl nachfrageseitige (z.B. Preis, Deklaration, Werbung) wie auch angebotsseitige Interventionen (z.B. Schmuggel, Verfügbarkeit) dringend nötig.

Von 131 Staaten ratifiziert

Bis zum 30. Juni 2006 hatten 168 Staaten die Tabakrahmenkonvention unterzeichnet und über 131 Staaten hatten sie ratifiziert, darunter auch die EG. Zur Umsetzung, Änderung und Weiterentwicklung der WHO-Tabakkonvention treffen sich die Staaten, die ratifiziert haben, zu so genannten Vertragsparteien-Konfe-

renzen (Conference of the Parties, COP). Die Schweiz kann nur als Beobachterin teilnehmen. An der ersten COP im Februar 2006 in Genf wurden Arbeitsgruppen beauftragt, je einen Protokollentwurf zur grenzüberschreitenden Werbung und zum illegalen Handel mit Tabakprodukten zu erarbeiten. Um die Staaten im Schutz vor Passivrauchen zu unterstützen, sollen zusätzlich bis zur nächsten Konferenz im 2007 Richtlinien bezüglich der Schaffung von rauchfreien Räumen vorgeschlagen werden.

Ratifikation der Schweiz steht aus

Die Schweiz hat die WHO-Tabakkonvention im Juni 2004 unterzeichnet. Für die Ratifikation der

Konvention werden bei uns jedoch in Teilbereichen gesetzliche Anpassungen nötig sein wie z.B. Regulierung von Tabakwerbung und Tabak-sponsoring, sowie Einführung eines Abgabeverbotes. Beziiglich Tabaksteuer, Schmuggel und Deklaration von Tabakprodukten erfüllt die Schweiz bereits heute die Anforderungen der Konvention. Der Bundesrat will bis Ende 2007 eine Ratifikationsbotschaft mit Vorschlägen für gesetzliche Anpassungen zuhanden des Parlaments vorbereiten.

Kontakt: Sabina Müller, Mediensprecherin Nationales Präventionsprogramm Tabak, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 324 17 86, sabina.mueller@bag.admin.ch

Männer sind stark – stark suchtgefährdet

Sucht und Männlichkeit. Männer trinken mehr Alkohol, rauchen mehr und konsumieren wesentlich häufiger Cannabis als Frauen. Dennoch gab es bisher nur wenige Untersuchungen und Konzepte zu männergerechter Suchtarbeit. Ein neuer Bericht der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) schliesst diese Lücke. Die Publikation im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) verknüpft wichtiges Grundlagenwissen mit Empfehlungen für Prävention und Therapie.

Bei Suchtfragen haben vielfach Männer das Sagen: In Therapieinstitutionen, Fachstellen und Spitätern sitzen meist Männer an den Hebeln der Macht, eine Mehrheit der Drogenabhängigen sind Männer. Daraus könnte man schliessen, dass die heute existierenden Präventions- und Therapieangebote bestens auf Männer zugeschnitten sind. Die Realität sieht aber anders aus: Während in den letzten 15 Jahren zahlreiche auf Frauen ausgerichtete Präventions- und Therapieformen entstanden sind, fehlen solche Angebote für Männer weitgehend. «Bei der Entwicklung geschlechtsspezifischer Ansätze gingen die Anliegen und Schwierigkeiten der Männer fast ganz vergessen», sagt Michel Graf, Direktor der SFA. Graf hat im Auftrag des BAG den Bericht «Sucht und Männlichkeit» verfasst, der Grundlagenwissen und Empfehlungen vereint und zum Umdenken anregen will. Der Mann soll im Zusammenhang mit Abhängigkeitserkrankungen nicht mehr als Norm, die Frau nicht länger als Ausnahme betrachtet und behandelt werden.

Graf zeigt auf, dass Männer stiefmütterlich mit ihrem Körper und ihrer Gesundheit umgehen: Männer trinken mehr Alkohol als Frauen, sie rauchen mehr Tabak und konsumieren wesentlich mehr Cannabis. Von 100 Personen, die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen, sind 85 Männer; eine Mehrheit der Männer

gibt an, ihre Arbeit sei ihnen wichtiger als ihre Gesundheit. «Das Stereotyp des starken Mannes, der keine Grenzen und keinen Schmerz kennt, stellt einen Risikofaktor für die Gesundheit der Männer dar», erläutert Michel Graf. Problematischer Drogenkonsum sei für manche Knaben und Männer einer der bevorzugten Wege, ihre Männlichkeit unter Beweis zu stellen und den sozialen Erwartungen zu entsprechen.

Erschwerend kommt hinzu, dass Männer Signale des Körpers weniger gut wahrnehmen, seltener über ihre Befindlichkeit reden und ungern Hilfe annehmen, was sich darin zeigt, dass sie sich im Fall von Abhängigkeitserkrankungen später in Behandlung begeben als Frauen – oft nur dann, wenn seitens des Arbeitgebers oder der Justiz beträchtlicher Druck ausgeübt wird.

Das Männerbild erweitern

Was bedeutet all dies für Prävention und Therapie? «Es braucht dringend spezifische Präventionsangebote für Knaben und Männer, die dem typisch männlichen Risiko- und Abhängigkeitsverhalten Rechnung tragen und das stereotype Männerbild reflektieren, um es zu hinterfragen und zu erweitern», sagt Michel Graf. Zudem sollte das Nachdenken über Geschlechterfragen (Gender mainstream) in den therapeutischen Konzepten aller Institutionen einen festen Platz erhalten. Eine nach Ge-



schlechtern differenzierte Betrachtung der Abhängigkeitsthematik sollte zur Selbstverständlichkeit werden.

Quelle: *Sucht und Männlichkeit*
Michel Graf, in Zusammenarbeit mit
Beatrice Annaheim und Janine Messerli
SFA, Lausanne, 2006.

Bestellungen: SFA, Postfach 870,
1001 Lausanne, Tel. 021 321 29 35,
buchhandlung@sfa-ispa.ch
Der Bericht kann auch kostenlos
heruntergeladen werden:
www.sfa-ispa.ch

Tagung

FRAU SUCHT MANN – MANN SUCHT FRAU

Unter diesem Titel fand am 2. Februar 2006 in Freiburg die erste nationale Fachtagung zum Thema Gender und Sucht statt. Gut 200 Fachleute besuchten die Tagung. Dass ein Drittel davon Männer waren, ist als Erfolg zu werten, wird doch die Genderthematik immer noch häufig und zu Unrecht als Frauenfrage betrachtet.

Die Tagung zeigte in vielerlei Hinsicht den Stand der Dinge auf. Der Pharmakologe Dr. Ivan Berlin von der Groupe Hospitalier Universitaire Pitié-Salpêtrière Paris wies auf die unterschiedlichen Wirkungen von psychoaktiven Stoffen und deren Dosierungen bei Frauen und Männern hin.

Prof. Dr. med. Christel Zenker von der Fachhochschule Münster betonte in ihrem Referat sozio-kulturelle Muster von Weiblichkeit und Männlichkeit, welche zu unterschiedlichen Suchtursachen, Suchtverhaltensweisen und Suchtverläufen führen, weshalb das Geschlecht in Prävention, Beratung und Therapie entsprechend berücksichtigt werden muss.

Christine Spreyermann zeigte in einer historischen Analyse den Beginn und die Entwicklung frauengerechter Suchtarbeit in den letzten 20 Jahren auf. Zusammen mit den Darstellungen von Marie-Louise Ernst, welche die Arbeit ihres Mandates seit 1997 präsentierte, entstand ein eindrückliches Bild der bisherigen Forschung und Praxis. Nicht nur begleitend zur Tagung, sondern mit einem eigenen Zeitfenster, wurden von Institutionen der Prävention, Schadenmindeung, Beratung und Therapie an zahlreichen Marktständen Beispiele gendergerechter Praxis fassbar gemacht.

Der Ausblick unter dem Titel «Gender together» wies schliesslich auf neue Möglichkeiten hin, gendergerechte Suchtarbeit in den Institutionen umzusetzen: Auf der institutionellen Ebene geht es um gendergerechte Stellenbesetzungen und Hierarchien, aber auch um die Verankerung der Genderperspektive in Leitbildern, Konzepten und Massnahmen. In den Berufen, welche in der Prävention und Suchthilfe tätig sind, muss die eigene Fachlichkeit mit Genderkompetenz erweitert werden. Für die Sammlung und Aufbereitung von Erfahrungen mit zum weiteren Ausbau geschlechtersensibler Angebote braucht es Datenerhebungen und Evaluationen. Nicht zuletzt ist eine Institutionalisierung von Austausch und Vernetzung wichtig, um diese Erfahrungen nutzbar zu machen. In diesem Zusammenhang wurde an der Tagung das Angebot eines Gender-Netzes gemacht, in dem sich Fachleute regelmäßig treffen, sich weiterbilden und austauschen können. Informationen zum Gender-Netz gibt es auf www.infodrog.ch, wo auch die Referate der Tagung aufgeschaltet sind.

Marie-Louise Ernst, Beauftragte des BAG für die Förderung gendergerechter Suchtarbeit

Forum

Typisch Mann

Männer gehen schon in jungen Jahren mehr Risiken ein und überschreiten häufiger Grenzen. Männer hören weniger auf die eigene körperliche und seelische Befindlichkeit und sie nehmen medizinische Leistungen und Unterstützung zu spät oder gar nicht in Anspruch – typisch Mann! Doch:

Diese «typischen» männlichen Verhaltensweisen sind weniger biologisch bedingt als vielmehr ein Ergebnis der männlichen Sozialisation und der gesellschaftlichen Rollenerwartungen. Diese sind veränderbar, es besteht somit ein grosses Potenzial für Prävention und Gesundheitsförderung.

Der Satz «Man muss Menschen in ihrem Lebensalltag abholen» ist eine alte Grundregel in Veränderungsprojekten. Obwohl der «Korridor» männlicher Verhaltensnormen viel breiter geworden ist, zeigen Männerstudien, dass nach wie vor für drei von vier Männern die Erwerbsarbeit zentraler Bestandteil ihrer männlichen Identität ist – und dies unabhängig davon, ob sie sich

als traditioneller oder neuer Mann bezeichnen. Männer sind nicht einfach «Drückeberger», die den Frauen die Haus- und Familienarbeit überlassen, sondern für viele Männer ist das Verdienen des Familieneinkommens die mit der Männerrolle in unserer Gesellschaft verbundene Form männlicher Fürsorge (Döge, 2001). Fragt man Männer «Wo in ihrem Alltag der Schuh drückt», dann sind es weniger Themen wie «Gesunde Ernährung», «Sucht» oder «Übergewicht», sondern vor allem die Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit der Erwerbsarbeit mit privaten Interessen, wie z.B. Partnerschaft oder Familie. Diese Forschungsergebnisse werden durch die Praxiserfahrungen der Drehscheibe Männergesundheit von Radix Gesundheitsförderung bestätigt. In der Beratung von Fachkräften ist die fehlende Veränderungsbereitschaft der Männer oft ein Thema. Um

Fachkräfte in der Arbeit mit der Zielgruppe Männer unterstützen zu können, haben wir erfolgreiche «Beispiele guter Praxis» analysiert. Die Ergebnisse zeigen, dass in diesen Angeboten die Erwerbsorientierung der Männer als Ressource genutzt wird und entsprechende Projekte in engem Bezug zur Arbeit stehen oder sogar direkt im Arbeitsalltag angeboten werden. Aufgrund gängiger Rollenbilder brauchen Männer eine klare Botschaft ihrer Firma: dass Männer, die sich um ihre Gesundheit oder Verantwortung als Vater kümmern, als

«normale» Männer gelten, und sie deswegen nicht mit abschätzigen Bemerkungen oder beruflichen Nachteilen zu rechnen haben. Die Auswertung der Männerprojekte zeigt, dass neben der persönlichen Ebene immer auch die Arbeitsbedingungen zum Thema gemacht werden müssen, damit nachhaltige Veränderungen realisiert werden können.

In den vergangenen Jahren wurden in verschiedenen Bereichen Gesundheitsförderungsprojekte für Männer realisiert.

Die gesundheitliche Situation alleinstehender oder geschiedener Männer aber ist noch kaum ein Thema bei den Organisationen

und es braucht dringend entsprechende zielgruppenspezifische Projekte.

Für Radix ist es ein grosses Anliegen, dass geschlechterspezifische Prävention und Gesundheitsförderung nicht das Ausspielen der gesundheitlichen Interessen des einen Geschlechts gegen das andere Geschlecht bedeutet. Vielmehr geht es darum, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und gesellschaftlichen Voraussetzungen von Frauen und Männern einzugehen. Chancengleichheit bedeutet, dass der Vielfalt gelebter Männlichkeit und Weiblichkeit gleiche Chancen im Alltag zugestanden werden.

René Setz, Drehscheibe Männergesundheit, Radix Gesundheitsförderung